

Praxis des Neuaufbaues.**Eine Rede Dr. Schumpeters.**

Einer Einladung der Bezirksgruppe der „Sozialistischen Vereinigung geistiger Arbeiter“ in Baden bei Wien folgend, hat der Staatssekretär der Finanzen Prof. Dr. Schumpeter gestern im Kursalon in Baden einen

Vortrag über die „Praxis des Neuaufbaues“ gehalten. Den Vorsitz in der Massenversammlung führte Arbeiterrat Hartmann. Im Verlauf seiner Ausführungen erklärte Dr. Schumpeter, daß behemete Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag nicht notwendig sein würden, daß ein Bankrott vermieden werden wird. In scharf pointierten Sätzen suchte Staatssekretär Dr. Schumpeter auch den Verkauf inländischer Aktien an das Auslandskapital unter Hinweis auf die unabwiesbare Notwendigkeit der Lebensmittelbeschaffung zu rechtfertigen.

Staatssekretär Dr. Schumpeter bezeichnete zunächst als die wichtigste Aufgabe der gegenwärtigen Stunde die Beschaffung ausländischer Guthabungen zum Zweck der Beschaffung von Nahrungsmitteln. Wie das geschehe, das sei gleichgültig, aber auf die Beschaffung ausländischer Guthabungen müsse sich die Politik der verantwortlichen Stellen konzentrieren.

Was nun den Kampf gegen die Zentralen anlangt, so sei es klar, daß die zentrale Bewirtschaftung der Lebensmittel in solange nicht aufgehoben werden könne, bevor nicht auf andere Weise den minderbemittelten Schichten Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden könnten, und das werde noch mehrere Jahre dauern. Im übrigen aber müsse dem freien Handel das weiteste Betätigungsfeld eingeräumt werden. Wenn wir ein industrieller Staat bleiben wollen, so bedeutet der Handel für uns ein wesentliches Aktivum. Unser Kaufmannstand sei eine hochwertige Arbeiterklasse, die insbesondere die Beziehungen zum Osten ausnützen könne. Redner beaeifere sich gewiß nicht für unsere Bourgeoisie, aber deren Mitwirkung beim Wiederaufbau, wo sie wertvolle Dienste leisten könne und den sie verstehe, wolle er nicht missen. Man könne die Zentralen nicht über Nacht abschaffen, aber man müsse sie auf ein vernünftiges Maß abbaun und endlich mit dem System der Kompensationsverträge brechen, denn die Aus-, Ein- und Durchfuhrverbote können nicht mehr länger aufrechterhalten bleiben.

Das zentrale Problem sei eben die Beschaffung ausländischer Guthaben. Die Situation des Staates sei dadurch schwierig, daß infolge der Kriegsleiden die Arbeitsleistung auf 50 bis 60 Prozent der normalen herabgesunken sei, dabei wachsen die Ausgaben fortwährend. Die Finanzierung der Lebensmittel erfordere monatlich 450 Millionen Kronen. Wenn das so weitergehe, werde der Betrag auf 900 Millionen Kronen steigen. Infolge der fortwährenden Erhöhung der Löhne steigen die Preise, die Preissteigerung habe wieder eine Entwertung der Krone auf den neutralen Märkten zur Folge, und wenn das so weitergehe, werde die Krone auf den neutralen Märkten nicht auf 11½, sondern auf 5 herabsinken. Es gebe nur ein Heilmittel: die Ausnützung der Produktionskräfte. Die Frage der auswärtigen Kredite werde dadurch kompliziert, da diese Kredite insofern unproduktiv seien, als wir sie nicht in exportreife Produkte umsetzen können. Wir benötigen Kredite für die Beschaffung von Rohstoffen, für die Beschaffung von Lebensmitteln und für die Finanzierung der vorhandenen Schulden an das Aus-

land. Den Umfang dieser Verpflichtungen kennen wir nicht, den werde erst die Reparationskommission festsetzen. Um diese Kredite zu beschaffen, käme der Export von Schmutz und Kunstgegenständen in Betracht. Weiter von Naturgütern und Wertpapieren. Was nun die eigentlichen Wertpapiere anlangt, so sei daraus nicht mehr viel zu holen. Der Verkauf von Papieren des Neuauslandes wäre schmerzhaft, da damit ein Abbau unserer finanziellen Position im Neuausland verbunden wäre. Diese neuaustralischen Papiere bedeuten für Deutschösterreich einen wertvollen Besitz. In diesem Zusammenhang möchte Dr. Schumpeter auch betonen, daß er unsere Kreditorganisation, die nun einmal vorhanden sei, als sehr wertvoll betrachte, dank ihrer Beziehungen in erster Linie zum Osten und da sie für den Westen als Saugapparat ein wichtiges Instrument darstelle. Deshalb wolle er die Kreditorganisation sorgfältig behüten.

Insbondere lege er sich zur Erklärung veranlaßt, daß er behemete Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ratifikation des Friedensvertrages nicht in Aussicht nehme. Der Redner sei entsetzt gewesen, als er in einigen Blättern die Meldung von einem Moratorium in Deutschösterreich gelesen habe. Dr. Schumpeter führte weiter aus, er wüßte nicht, woher eine Beunruhigung kommen sollte. Endlich kämen zur Fundierung der Kredite die Aktien heimischer Gesellschaften in Betracht. Der Verkauf inländischer Aktien sei natürlich am schmerzhaftesten, da damit dem ausländischen Kapital ein Einfluß eingeräumt werde. Aber auch bei diesem Problem stehe die Frage so: Sollen wir unsere Bevölkerung verhungern lassen oder solche Verkäufe geschehen lassen? Man müßte das letztere wählen, zumal wir nicht viel aufgeben, da wir unter den Einfluß des ausländischen Kapitals kommen müssen, ob wir wollen oder nicht. Ganz unrichtig sei, daß durch solche Verkäufe von Aktienposten an das Ausland die Sozialisierung eines Unternehmens unmöglich gemacht werde. Es gebe kein internationales Recht, die die Sozialisierung mit Entschädigung — denn an eine Sozialisierung ohne Entschädigung sei niemals gedacht worden — unmöglich machen könnte. Der Staatssekretär sprach noch über die Finanzierung der Rohstoffe, die wohl unschwer vor sich gehen könne, und erklärte, daß zum Zweck der Finanzierung der Schulden und Leistungen an das Ausland eine Organisation gebildet werden müsse, denn ohne eine solche wären allerdings verhängnisvolle Folgen für einzelne Unternehmungen zu befürchten, die in den Bankrott getrieben werden könnten. Dem

deutschösterreichischen Staat borge man wenig, den Banken mehr, noch mehr dem privaten Unternehmer: das zu leugnen wäre frivol. Der Staat werde infolge der Friedensbedingungen nicht Bankrott ansagen müssen, wenn wir uns unserer Pflichten im gegenwärtigen Augenblick bewußt sind. Der Staatssekretär glaubt, daß wir in drei bis vier Jahren den Neuaufbau werden durchführen können. Auf Grund seiner Berechnungen, die nunmehr abgeschlossen seien, könne er sagen: Es geht ohne Bankrott und ohne Besteuerung des Protes.